

Beschluss

## **Europäische Friedenspolitik**

### **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN helfen den Menschen in Kurdistan, dem Irak und Syrien!**

Die humanitäre Katastrophe, die Bedrohung durch den sogenannten IS mit Genozid, ethnischer und religiöser Säuberung, Versklavung und Vergewaltigung sowie Vertreibung von Millionen von Flüchtlingen in Kurdistan-Irak und Syrien ist im vollen Gange.

Die heftigen Debatten der letzten Monate sowohl in der Gesellschaft als auch in unseren eigenen Reihen, wie am besten den Terroristen des sogenannten „Islamischen Staats“ begegnet werden sollte, darf sich jedoch nicht nur auf eine Kontroverse beschränken, sondern muss auch Ergebnisse bewirken. Auf dem Weg der Klärung der widerstreitenden Ansätze sind aber wichtige Probleme in den Hintergrund getreten.

Sowohl die Staaten als auch Nichtregierungsorganisationen und einzelne Menschen, die Flüchtlinge schützen, helfen und aufnehmen sind in den Hintergrund der Debatte getreten.

Die unterschiedlichen Ansichten zum Einsatz und der Bewaffnung der Staaten und der KRG (kurdische Regionalregierung) sind die eine Seite, die sicher zu unterschiedlichen Ergebnissen führt, aber jetzt sollten wir wenigstens da wo wir einen gemeinsamen Nenner erzielen können, auch entsprechend handlungsfähig werden. Sonst wird unsere gesamte Debatte am Ende unglaubwürdig.

Die Flüchtlingsströme in den von IS bedrohten Ländern haben solche Ausmaße angenommen, dass diese Staaten (Syrien und Irak) sowie die umliegenden Staaten sie kaum mehr bewältigen können. Auch die UN kann nur begrenzt die entsprechende Hilfe geben, da ihre Strukturen (leider) oft zu langwierig und bürokratisch sind, bis ihre Hilfe bei den Betroffenen ankommt.

Gerade im Hinblick auf den bevorstehenden Winter, der die Gefahr für die Flüchtlinge nochmal enorm verstärken und auch die Belastungen für die aufnehmenden Länder weiter vergrößern wird, sollten auch wir Grüne konkrete Maßnahmen ergreifen.

Wir bitten alle Grünen Fraktionen in Europa, dem Bund, den Ländern und Kommunen Anträge einzubringen, mehr Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak in Europa und in Deutschland aufzunehmen sowie Familien oder Privatpersonen, die Flüchtlinge aufnehmen mehr Unterstützung zu geben oder sonstige Hilfe im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten zu organisieren.

Der Bundesverband ruft zur finanziellen Unterstützung humanitärer Projekte und Hilfsleistungen für Flüchtlinge aus den umkämpften Gebieten auf, die nach Kurdistan, dem Irak, in die Türkei, in den Libanon, nach Jordanien und Syrien geflohen sind.

Eine verstärkte Information der Kreisverbände über Kurdistan soll die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zu diesem Thema verbessern.